

Lehre daraus sollte nach dem 2. Weltkrieg die Wissenschaft nie wieder für menschenwidrige Partikularinteressen in Dienst genommen werden, z.B. für die Rüstungs- oder Kriegsforschung. Heute aber wird die Freiheit der Wissenschaft in ihr Gegenteil verkehrt: zur „Freiheit der Wissenschaft, sich zu verkaufen“. So führt die zunehmende Abhängigkeit der Forschung von privaten GeldgeberInnen dazu, dass nur noch geforscht werden soll, was potentiell profitabel ist. Genau das aber widerspricht der Wissenschaftsfreiheit. Frieden und eine zivile Orientierung der Wissenschaft sind dagegen keine Partikularinteressen, sondern liegen im Menschheitsinteresse und stellen daher keine Einschränkung dar.

9. Werden nicht durch eine grundsätzliche Ablehnung der Zusammenarbeit mit Rüstungsindustrie und Militär wichtige Entwicklungen gebremst? Gibt es nicht Neuen...

...rungen, die aus der Militärforschung entstanden sind und uns heute den Alltag erleichtern, wie zum Beispiel das Internet?

Der gesellschaftliche Bedarf für bestimmte Innovationen und die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten, diese zu entwickeln, entstehen nicht erst dadurch, dass das Militär oder die Rüstungsindustrie diesen Bedarf artikuliert. Es hat zwar zivile Abfallprodukte durch Entwicklungen im militärischen Bereich gegeben – wie das Internet. Aber es waren ausgesprochen teure Nebenprodukte, deren Entwicklung für den zivilen Bereich auf Umwegen verlief. Ein gezielter Einsatz der gleichen Ressourcen zur Entwicklung von Produktivkraft und Technologie im zivilen Bereich würde sehr viel schneller, produktiver, für die Beteiligten erfreulicher und mit eindeutigen humanen Nutzen Erfolg bringen.

Unterschriftenkampagne gestartet

Für eine Zivilklausel an der Uni Köln
Unterschriftenliste für MitarbeiterInnen und Lehrende

Text der Kampagne:

Ich unterstütze das Votum der Studierenden an der Universität Köln vom Wintersemester 2010/11 für eine Zivilklausel, also für eine zivile, humane und gesellschaftlich verantwortliche Ausrichtung der Wissenschaft. Daher spreche ich mich ebenfalls dafür aus, dass folgender Passus in die Grundordnung der Universität zu Köln in den Paragraphen 2 „Hochschulaufgaben“, Punkt 1, aufgenommen wird:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Sprecht eure KollegInnen und Lehrenden an!

Unter www.zivilklausel.uni-koeln.de kann die Kampagne online von MitarbeiterInnen und Lehrenden unterschrieben werden und stehen Unterschriftenlisten zum Ausdruck bereit.

Nein zur Kriegsforschung
Ja zur Zivilklausel!

Fragen und Antworten zur Zivilklausel

1. Was ist eine Zivilklausel?

Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen. Das setzt voraus, dass die Universität nicht für Einrichtungen der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie forscht, also keine Drittmittelkooperationen mit diesen Einrichtungen eingeht. Dank der Initiative von Studierenden und Gewerkschaften sind solche Zivilklauseln mittlerweile in den Grundordnungen einer Reihe von Hochschulen festgeschrieben worden (z.B. in Bremen, Tübingen, Rostock, Konstanz).

Mehr zur bundesweiten Zivilklauselbewegung unter: www.zivilklausel.org.

2. Warum setzen wir uns für eine zivile Ausrichtung der Forschung ein?

Gerade in Krisenzeiten stehen Bildung und Wissenschaft in der Verantwortung, zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme beizutragen und für menschenwürdige Lebensverhältnisse und Frieden weltweit zu forschen. Die Universitäten sollten und können Kriegs- und Friedensursachen ergründen, Strategien ziviler Konfliktlösungen entwickeln und für internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung eintreten.

Dem steht entgegen, dass Rüstungsunternehmen und Militär in alle Bereiche der Forschung drängen: Die Informationsstelle Militarisation Tübingen listet allein 60 zivile deutsche Hochschulen auf, an denen sich WissenschaftlerInnen mit wehrtechnischen und wehrmedizinischen Fragestellungen befassen.

Aktuelle Aktivitäten:

Donnerstag, 27.10.2011, 17:45 Uhr in Hörsaal G (Hörsaalgebäude)
Veranstaltung „Die Freiheit der Wissenschaft“
Referent: Rudolph Bauer
Die „Freiheit der Wissenschaft“ wird als Argument gegen die Zivilklausel vorgebracht. Wenn Frieden eine Einschränkung sein soll, stellt sich die Frage: Wessen Freiheit ist hier gemeint?

Donnerstag, 24.11.2011, 17:45 Uhr in Hörsaal G (Hörsaalgebäude)
Veranstaltung zu „Dual-Use“
Referent: Wolfgang Liebert
„Dual-Use“ ist ein Begriff, welcher die doppelte Verwendungsmöglichkeit einer Technologie sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke beschreiben soll. Aber was macht die Dual-Use-Problematik wirklich aus? Und ist sie wirklich ein Argument gegen die Zivilklausel?

Freitag, 2.12.2011, 16:00 Uhr
In Vorbereitung: „Was bedeutet Friedenswissenschaft und was sind ihre aktuellen Aufgaben?“
Referent: Peter Strutyński
Weitere Infos in Kürze auf unserer Homepage.

Treffen des AK Zivilklausel
Zu unseren zweiwöchig stattfindenden Treffen ist jedeR herzlich eingeladen! Aktuelle Termine auf unserer Homepage.

3. Was ist in Köln für die Einführung einer Zivilklausel unternommen worden?

Seit rund zwei Jahren setzen sich Studierende der Universität zu Köln für die Verankerung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität ein. Alle Studierenden waren im Dezember 2010 aufgefordert, in der Kontroverse um die zivile Ausrichtung der Wissenschaft an ihrer Universität Stellung zu beziehen. Zur Abstimmung stand folgender Text:

„Ich spreche mich dafür aus, dass folgender Passus in die Grundordnung der Universität zu Köln in den Paragraphen 2 ‚Hochschulaufgaben‘, Punkt 1, aufgenommen wird:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Das Ergebnis der Abstimmung war ein eindeutiges „Ja“ zur Zivilklausel:

65,4% Ja
19,7% Nein
14,9% Enthaltung

4. Was hat sich seit der erfolgreichen Abstimmung für die Zivilklausel getan, ist sie in Köln eingeführt worden?

Nein, trotz dieses eindeutigen Ergebnisses stellen sich vor allem die Universitätsleitung und einige ProfessorInnen im Senat gegen die Einführung der Zivilklausel. Ein Argument lautet: Sowohl die Zivilklausel als auch die Offenlegung bisher geheimehaltener Drittmittelverträge würden aktuelle und potentielle DrittmittelegeberInnen abschrecken, für die beides einen Konkurrenznachteil bedeuten würde. Wir meinen, dass die Universität sich nicht den DrittmittelegeberInnen verpflichtet, sondern eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, die im Interesse aller ist, betreiben soll.

Da durch kritisches Engagement der Einfluss privater GeldgeberInnen auf die Universität – zum Beispiel der Geheimvertrag zwischen der Bayer AG und der Medizinischen Fakultät – zunehmend öffentlich in die Kritik gerät, kommt das Rektorat nicht umhin, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe in die Wege zu leiten, die sich mit der Frage der Transparenz von Drittmitteln und der Zivilklausel beschäftigen soll. Genaue Aufgaben sowie die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe sind bisher nicht bestimmt. Wir meinen, dass in dieser Arbeitsgruppe alle Mitgliedergruppen der Hochschulen gleichermaßen vertreten sein müssen und dass sie öffentlich und transparent arbeiten muss. Es muss gewährleistet sein, dass in der Arbeitsgruppe die unterschiedlichen Positionen der Hochschulmitglieder zur Geltung kommen können und die Kontroverse um die Verantwortung der Wissenschaft weiterentwickelt werden kann. Sie sollte auch Vorschläge für Veranstaltungen und Projekte erarbeiten, damit die Kontroverse um die zivile und friedliche Ausrichtung der Universität in einer breiten Öffentlichkeit geführt werden kann.

In diesem Sinn hat der Arbeitskreis Zivilklausel in diesem Semester eine Unterschriftenkampagne gestartet, mit der nicht-wissenschaftliche und wissenschaftliche MitarbeiterInnen sowie ProfessorInnen sich dem Votum der Studierenden für eine friedliche und zivile Orientierung der Universität Köln anschließen können (siehe Rückseite und Homepage). Alle sollten ihre KollegInnen oder Lehrenden darauf ansprechen.

5. In welchen Bereichen findet Rüstungs- und Militärforschung an Hochschulen statt?

Die Ingenieur- und Naturwissenschaften sind besonders verstrickt, z.B. der Maschinenbau, die Informatik oder die Nanotechnik. Der industriell-militärische Komplex ist immer scharf auf neue technologische Anwendungen zur Optimierung der Kriegsführung.

Auch deswegen, weil die Rüstungsindustrie durch die Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen ihre Forschungs- und Entwicklungskosten senken kann und so durch öffentliche Mittel subventioniert wird.

Allerdings geraten nicht nur IngenieurInnen und NaturwissenschaftlerInnen, sondern auch Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen zunehmend ins Blickfeld von Rüstungsindustrie und Militär. Zum Beispiel existiert an der Universität Potsdam der Studiengang „Military Studies“, der sich aus Militärgeschichte und Militärsoziologie zusammensetzt, wobei das verantwortliche Institut für Soziologie der Uni Potsdam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) und dem Sozialwissenschaftlichen Institut (SOWI) der Bundeswehr zusammenarbeitet. Was das SOWI unter Wissenschaft versteht, spricht Bände: „die Forschungsplanung (...) orientiert sich überwiegend am Erkenntnis- und Unterstützungsbedarf des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr.“ (Jahresbericht des SOWI 2006).

6. Findet an der Universität Köln Rüstungs- und Militärforschung statt?

Die Schwierigkeit besteht generell darin herauszufinden, welche konkreten Kooperationen wirklich stattfinden: Sie werden in den letzten Jahren zunehmend geheim gehalten. Auch die Universität Köln hält Verträge mit der privaten Wirtschaft unter Verschluss. Die Partei Die Linke hatte allerdings eine kleine Anfrage im Bundestag über das Ausmaß der Kooperationen zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und den Hochschulen gestellt. Daher wissen wir z.B., dass das Institut für Klinische Psychologie der Uni Köln in der Vergangenheit fast 500.000 Euro vom Bundesministerium für Verteidigung für Traumata-Forschung erhalten hat.

7. An der Uni Köln hat Traumata-Forschung stattgefunden, die von der Bundeswehr mitfinanziert wurde. Ist es aber nicht

positiv, wenn damit ermöglicht wird, dass kriegstraumatisierte SoldatInnen Hilfe bekommen?

Natürlich müssen kriegstraumatisierte SoldatInnen Hilfe bekommen. Wenn aber das Bundesverteidigungsministerium die Gelder bereitstellt, können keine Forschungsansätze verfolgt werden, die dem nachgehen, was die eigentliche Ursache für das Trauma ist – der Krieg selbst. Vor zwei Jahren haben sich daher 200 TherapeutInnen in einem offenen Brief dagegen gewandt, für die Kriegspolitik der Bundesregierung instrumentalisiert zu werden. Von ihnen wurde erwartet, Traumata-Symptome nebst der Aufforderung, „den Aufgaben der Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen nicht ablehnend“ gegenüberzustehen*, zu behandeln. Sie haben sich dazu bereit erklärt, Kriegstraumatisierten zu helfen, aber nicht an der Seite der Bundeswehr. Denn so ist niemandem zu helfen, weder den vom Krieg traumatisierten SoldatInnen noch der jeweiligen vom Krieg traumatisierten Bevölkerung.

*<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/therapeuten.html>

8. Verstößt die Zivilklausel nicht gegen die grundgesetzlich zugesicherte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre?

Nein. Die Freiheit der Wissenschaft entbindet nicht von der sogenannten Treue zur Verfassung. Die im Grundgesetz festgeschriebene Würde des Menschen, die Friedensfinalität und das Sozialstaatsgebot sind nicht losgelöst von der Wissenschaftsfreiheit. Sie bilden eine Einheit – und zwar aus guten Gründen: Sowohl das Grundgesetz als auch die darin verankerte Wissenschaftsfreiheit sind Konsequenzen aus der Einsicht und dem Vermächtnis „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“.

Zur Zeit des deutschen Faschismus haben die Hochschulen wesentlich zum Vernichtungskrieg und zum Holocaust beigetragen. Als